



DEKOLONISATION

Globale Entwicklungstrends



MATURA 2016

Inhaltsverzeichnis

1	Begriff Dekolonisation.....	2
1.1	Wege zur Souveränität	2
1.1.1	Asien.....	3
1.1.2	Naher Osten und Nordafrika	4
1.1.3	Südliches Afrika	5
1.1.4	Westafrika	5
1.1.5	Letzte Dekolonisationen	6
1.1.6	Dekolonisation in den pazifischen Inselwelten	7
1.2	Wirtschaft.....	7
1.2.1	Privatinteressen	7
1.3	Strategien und Übergänge	8
1.4	Entwicklung und Politik.....	8
1.4.1	Weltpolitik.....	8
1.4.2	Elemente einer neuen Ordnung	9
2	Quelle.....	9

1 Begriff Dekolonisation

Dekolonisation ist die gleichzeitige Auflösung mehrerer interkontinentaler Imperien innerhalb eines kurzen Zeitraums von Ca. Drei Jahrzehnten. Verbunden mit der historisch einmaligen und unumkehrbaren Delegitimierung jeglicher Herrschaft die als ein Untertanenverhältnis zu Fremden empfunden wird. Dekolonisation ist der Prozess, durch den Kolonialmächte die institutionelle und rechtliche Herrschaft über ihre Territorien und abhängigen Gebiete an formal souveräne Nationalstaaten übertrugen, deren Regierungen aus den Nationalstaaten heraus gebildet wurden.

Die Dekolonisation eines Gebietes ist abgeschlossen, wenn eine lokale Regierung gebildet ist und die Amtsgeschäfte übernommen hat, die völkerrechtlichen und symbolischen Formalitäten des Souveränitätswechsels abgeschlossen sind und der neue Staat in die Vereinten Nationen aufgenommen wurde.

Entgegen mancher Erwartungen der Kolonialmächte, die an eine friedliche geordnete Übergabe glaubten, waren Dekolonisationsprozesse sehr oft mit Gewalt verbunden. So verursachte z.B. die Teilung Indiens 1947 in Indien und Pakistan etwa 15 Millionen Flüchtlinge hervor, andere Beispiele sind der Algerienkrieg 1954-1962 oder der Indochina-Krieg 1946-1954.

Heute ist die Dekolonisation überwiegend abgeschlossen. Gab es 1938 noch Ca. 650 Millionen Menschen in Kolonien, so sind es heute noch Ca. 2 Millionen in 16 Territorien ohne Selbstregierung. Gab es 1913 noch 163 Kolonien, so waren es 1995 nur noch 33. Die Vereinten Nationen wurden 1945 von 51 Staaten gegründet, heute sind es 193 Mitglieder viele Staaten entwickelten sich aus ehemaligen Kolonien.

Bei der Dekolonisation ging es meist um Überseegebiete, in denen weiße und christliche Europäer in der Regel über Nicht-weiße und Nicht-Christen herrschten. Diese Besitzungen "Kolonien" der europäischen Länder waren ab 1500 allmählich aufgebaut worden.

1.1 Wege zur Souveränität

Nach 1945 begann die intensive Phase der Dekolonisation. In drei Jahrzehnten verschwanden die meisten Kolonien in Afrika, Asien und der Karibik in mehreren Schüben.

In Süd- und Südostasien stellte das Ende des 2. Weltkrieges die Weichen für die Dekolonisation, wobei hier die Situation durch die Besetzung der Gebiete durch Japan während des Krieges verschärft wurde. Zwischen 1946 (Philippinen) und 1949 (Indonesien) wurden die meisten Länder dort unabhängig, 1954 folgte Vietnam, 1957 Malaya.

In Nordafrika und dem Nahen Osten begann dieser Prozess zu Beginn des 20. Jhdt. und erfuhr den Höhepunkt mit der Suezkrise 1956 und dem Ende der französischen Herrschaft in Algerien 1962. Im südlichen Afrika gab es zwei Wellen. In der ersten Welle wurden die meisten Kolonien selbstständig zwischen 1957 (Ghana) und 1965 (Gambia). Der Zusammenbruch der portugiesischen Kolonien 1974-1975 war der Beginn der zweiten Welle die mit dem Ende der südafrikanischen Apartheid 1994 zu Ende ging. Oft waren Dekolonisationen in der Nachbarschaft oder innerhalb eines Reiches ansteckend und bewirkten einen Impuls bei anderen Kolonien.

1.1.1 Asien

Das British Empire musste im 20. Jhdt. einige Rückschläge hinnehmen. 1910 wurde die Südafrikanische Union gegründet, 1921 der irische Freistaat, die afrikanischen Kolonien verselbstständigten sich zwischen 1960 und 1963 und das große Indien wurde 1947 selbstständig. Allein durch Indien verlor BE Ca. 390 Millionen Einwohner. Indien hatte Großbritannien im 2. Weltkrieg militärisch und wirtschaftlich wesentlich unterstützt. Die britische Regierung suchte daher die Unterstützung des indischen Nationalkongresses, der jedoch unverzüglich die Übertragung der Staatlichen Macht an ein indisches Ministerkabinett forderte. In den Verhandlungen innerhalb der indischen Führung traten die Probleme zwischen Hindus und Muslimen deutlich hervor, diese Spannungen waren auch nicht auflösbar. Nach Kriegsende strebte die in England regierende Labour Party die Verabschiedung aus Indien an, mit dem Ziel, Indien dennoch im Commonwealth zu halten, kein Machtvakuum entstehen zu lassen und Indien nicht in den sowjetischen Einflussbereich kommen zu lassen. Der Konflikt zwischen Muslimen und Hindus nahm zu, da sich die Muslime nicht ausreichend politisch vertreten fühlten. So erhoben sie die Forderung nach einem eigenen Staat Pakistan, die dann auch realisiert wurde. Es kam zu Gewalt zwischen den beiden religiösen Gruppen und gleichzeitig zu einem migrationsaustausch. Muslime wanderten nach Pakistan aus und Hindus nach Indien. Diese Konflikte kosteten zwischen 200.000 und 2 Mio. Opfer. Der Konflikt existiert bis heute.

In Ceylon (seit 1972 Sri Lanka) glückte die Überleitung von einer Kolonie in einen selbstständigen Staat. Die dortige Nationalbewegung blieb lokal begrenzt und ohne Einfluss, die wirtschaftliche Situation war gut, so hatten die Briten 1948 keine Bedenken, dem Land die Souveränität zu übertragen.

Bis auf Thailand war Südostasien bis zum zweiten Weltkrieg komplett kolonialisiert. Während des Krieges besetzte Japan die Region und führte dort ein hartes Regime. Dagegen entwickelten sich Nationalbewegungen, die für die Unabhängigkeit der Gebiete kämpften, aber auch die alten Kolonialmächte nicht mehr haben wollten. Nur für die Philippinen galt das nicht, die 1946 ihre Unabhängigkeit von den USA erhielten. Dafür erhielten die Philippinen einen bevorzugten Zugang zu amerikanischen Märkten und die USA konnten dort für 99 Jahre ihre Militärstützpunkte errichten. So waren die Philippinen der südliche Pfeiler der US-Präsenz und Japan der nördliche Pfeiler der US-Präsenz im Pazifik. Allerdings verarmte die philippinische Bevölkerung dabei.

Während Ceylon und die Philippinen als geglückte Beispiele der Dekolonisation gelten, trifft das auf Burma (seit 1989 Myanmar) nicht zu. Das Land kehrte nach der Unabhängigkeit 1948 dem Commonwealth den Rücken zu, es entstand in der Folge kein Demokratieähnliches Staatssystem, sondern seit 1962 eine Militärdiktatur. Dies war möglich geworden, da sich im Land in der Kolonialphase keine einheimische bürgerliche Elite bilden konnte, da die Führungspositionen in britischer oder indischer Hand gewesen waren.

Nach dem 2. Weltkrieg brach die Kolonialherrschaft der Niederlande in Indonesien und Frankreichs in Indochina im Spätsommer 1945 radikal und schnell zusammen, da Einheimische die Macht an sich gerissen hatten (Sukarno in Jakarta, Ho Chi Minh in Vietnam). Obwohl Frankreich und die Niederlande unverzüglich Truppen zur Rückeroberung entsandten, mussten sich beide Kolonialmächte dauerhaft zurückziehen (1949 NL, 1954 FR). Beide jungen Republiken erreichten rasch eine innere Stabilität und konnten sich erfolgreich auf diplomatischem Weg gegen die Interventionen zur Wehr setzen. Indonesien wurde relativ schnell zu einem stabilen Staat, der auch in der Folge

nicht geteilt wurde (im Unterschied zu Vietnam und Indien). In Vietnam verlief der Übergang nicht so reibungslos, da Frankreich bereits 1946 die Hauptstadt Hanoi Angriff und sich daraus der Bis 1954 dauernde Indochina-Krieg entwickelte. Somit ließ Frankreich die Chance für einen geordneten Übergang der Kolonie in einen souveränen Staat verstreichen und die Entscheidung wurde daher in einer Schlacht getroffen: im Mai 1954 verlor Frankreich die Schlacht bei Dien Bien Phu, in der Folge wurde Vietnam am 17. Breitengrad geteilt; diese Teilung dauerte über den gesamten Vietnamkrieg an, wo das kommunistische Nordvietnam gegen das von den USA unterstützte Südvietnam kämpfte. Auch die USA mussten 1975 die Niederlage dort eingestehen und die Teilung Vietnams wurde 1975 wieder aufgehoben. Damit wurde Vietnam zu einem selbstständigen Staat.

Auch Malaya wurde später unabhängig. Die Kolonie war von Aristokraten regiert worden, das Wirtschaftsleben wurde von Chinesen und Indern dominiert. Doch es gab auch eine starke chinesisch dominierte kommunistische Bewegung, die im Rahmen der Malaiischen Kommunistischen Partei einen bewaffneten Aufstand organisierte. Die Briten antworteten mit Anti- Guerillakriegsführung und Umsiedlungsmaßnahmen für eine Million Chinesen. Diese vorgangsweise wirkte und die Aufständischen wurden zurück geschlagen. Nach langen Verhandlungen zwischen den Volksgruppen erreichte Malaya 1957 die Unabhängigkeit.

Zu Beginn des ersten Weltkrieges war das British Empire das einzige wirkliche Weltreich, da es in jedem Kontinent Besitzungen hatte, u.a. Auch Australien und Neuseeland, aber auch Besitzungen in Europa hatte, z.B. Malta od. Zypern (beide ab dem 19. Jhdt.). Darüber hinaus war das BE das einzige Reich, das auch die entsprechenden militärischen Ressourcen hatte, um global seine Macht zu projizieren, vor allem Seestreitkräfte. Frankreich hatte Besitzungen in Südostasien, Nord- und Westafrika, Karibik, Polynisien. Portugal besaß Länder in Südafrika (Angola, Mosambik), Belgien den Kongo, Deutschland hatte Besitzungen in Afrika, China, Südsee, Italien besaß Libyen und die Niederlande hatten Ostindien (heute Indonesien).

1.1.2 Naher Osten und Nordafrika

Im Nahen Osten war der Einfluss Europäische Mächte durch eine kurze Herrschaft und vor allem durch eine informelle Durchdringung gegeben. Ägypten war z.B. seit 1882 Teil des British Empire, es hatte eine wichtige Brückenfunktion zwischen Nord- und Ostafrika. Mit Ausbruch des 1. WK wurde Ägypten formell Protektorat des BE. Nach starken nationalistischen Protesten erklärte Das BE 1922 Ägypten für unabhängig, aber dessen Souveränität war dennoch stark eingeschränkt. Militär Polizei und Wirtschaft unterstanden weiterhin britischer Kontrolle. 1936 beendete ein weiterer Vertrag diese Sonderrechte mit Ausnahme des Suezkanals, der in den folgenden Jahren zu einer großen Militärbasis ausgebaut wurde.

Auch das Ende der Kolonialherrschaft im Irak (1932) und Jordanien (1946) folgte einem ähnlichen Muster. Durch einen Vertrag 1930 konnte BE im Irak seine Interessen wahren, seine Erdölinteressen und den Zugang. Zur irakischen Infrastruktur behalten. Ebenso entstanden 2 Militärstützpunkte und die Beistandsverpflichtung im Kriegsfall. Syrien und Libanon wurden viel konfliktreicher unabhängig. Erst auf internationalen Druck akzeptierte FR die dortigen Parlamente und Regierungen und übertrug ihnen Rechte, allerdings blieben frz. und britische Truppen im Land. Nach Protesten erfolgte der Truppenabzug bis Ende 1946.

Palästina war ein Sonderfall aufgrund des Zionismus. Das BE beschränkte die Einwanderungszahlen der jüdischen Siedler, dies rief Gegner des BE hervor und zu Gewalt. Die Lage eskalierte und so

übergab das BE der UNO dieses Thema Palästinas. die UN legten Ende 1947 einen Teilungsplan vor. daraufhin eskalierte die Gewalt in Palästina zwischen den Bevölkerungsgruppen, palästinensische Araber wurden vertrieben. Am 14. Mai 1948 wurde der Staat Israel ausgerufen. Einen Tag später begann der erste Krieg zwischen Israel und den umliegenden arabischen Staaten, den Israel gewann. Durch Militärputsche veränderte sich die Lage in Syrien und in Ägypten und die bisherige Herrschende Schicht wurde abgelöst. in Ägypten kam Nasser an die Macht. Ägypten wurde in der Folge u.a. Die Basis antikolonialer Bewegungen im Nahen Osten. Im Maghreb und in Ostafrika.

In Bezug auf den Suez Kanal kam es zu Konflikten zwischen Dem BE und Ägypten. Zunächst war ein Truppenabzugsabkommen ausgehandelt worden das bis 1956 umgesetzt war. Aber die beiden Nationen erhoben Machtansprüche, der Kalte Krieg kam dazu. Nasser verkündete 1956 die Verstaatlichung der Suez Gesellschaft, deren Haupteigner der britische Staat war. Daraufhin bereiteten die Briten einen Militärschlag vor zur Wiederherstellung der Suezkanal Kompanie und zum Sturz des ägyptischen Regimes. So besetzten britische und französische Truppen den Suezkanal mit israelischer Beteiligung. Nachdem die USA diese Aktion nicht unterstützten kam es drei Monate später zum Truppenrückzug. Dadurch wurde das Regime unter Nasser in Ägypten gestärkt. Kurz darauf wurde die mit der Briten Verbündete Monarchie im Irak durch einen Militärputsch gestürzt, 1969 gab es die gleiche Entwicklung in Libyen, wo Oberst Gaddafi das Königshaus mit einem Putsch stürzte. Die anteiligen zeigten, wie stark der Handlungsspielraum der Europäer mittlerweile eingeschränkt worden war. Ein blutiger Höhepunkt der Dekolonisation war die Unabhängigkeit Algeriens. Tunesien und Marokko waren während des Algerienkrieges auch Rückzugsgebiete der algerischen Befreiungskämpfer. In Tunesien und Marokko wurde jedoch die Unabhängigkeit auf dem Verfassungsweg erreicht, indem zwei nationale Führer an die Macht kamen. In Algerien hingegen kam es zum Krieg. Frankreich entsandte eine Million Soldaten, etwa 400.000 Algerier starben im Krieg zwischen 1954 und 1962. Algerien war nicht nur Frankreichs wichtigste Kolonie, sondern Teil des französischen Staatsgebietes. Zur Wiedererlangung der Macht ging die französische Armee mit großer Härte vor, mit Folter, Umsiedlungen, etc. ab 1960 wurden auf internationalen Druck Waffenstillstandverhandlungen aufgenommen, Algerien wurde im Juli 1962 unabhängig.

1.1.3 Südliches Afrika

Die meisten Kolonien südlich der Sahara erreichten zwischen 1957 und 1965 die Unabhängigkeit. Die zunehmende Nachfrage nach Rohstoffen gab den Kolonien mehr Bedeutung. Großbritannien und Frankreich wollten sich durch eine aktive Dekolonisationspolitik den Einfluss in den ehemaligen Kolonien sichern und den Prozess zur Unabhängigkeit mitbestimmen. Doch diese Ambition war nicht so einfach zu erreichen. erstens gab es bei der Dekolonisation zahlreiche Fehleinschätzungen und auch Dominoeffekte in der Dekolonisation, mit denen nicht gerechnet worden war. Vielfach wurden die Planer diese Dekolonisationspolitik von den Ereignissen und den starken internen Veränderungen überholt. Zweitens entwickelten sich die politischen nationalen Eliten, die die Dekolonisation trugen, sehr langsam. Und drittens gab es zwar verhältnismäßig weniger Gewalt durch die Kolonialmächte, wiewohl es manchmal doch zu massiven Repressionen kam. So war die Dekolonisation Afrikas ein sehr langer Prozess. So wurde z.B. das Wahlrecht in der Goldküste 1951 eingeführt, während es in Südafrika erst 1994 eingeführt wurde.

1.1.4 Westafrika

In Westafrika erhielt der Ablauf der Dekolonisation eine starke Eigendynamik durch die Bildung von Gewerkschaften, Studentenbewegungen, Bildungseliten, die sich vor allem in den Großstädten

politisch engagierten. Es entstand ein verfassungsorientierter Weg in die Unabhängigkeit durch eine Abfolge mehrerer Verfassungsreformen. ZB ging es um die Ausweitung des Wahlrechts und einen höheren Grad an Autonomie als Vorstufen zur Unabhängigkeit eines Staates. Dies passierte zB alles in der Goldküste, die nach mehreren Verfassungsformen und mehreren Wahlen als Ghana 1957 unabhängig wurde. Darauf folgten in die Unabhängigkeit Nigeria (1960), Sierra Leone (1961), Gambia (1965), Tanganjika (1961) und Uganda (1962).

Bei den französischen Kolonien verlief die Entwicklung ähnlich, nur schwieriger, da sich Frankreich um einen Erhalt des Einflusses durch eine Integrationspolitik bemühte. Dem Gleichheitsforderungen der Kolonien entgegen, die vor allem durch Arbeiterbewegungen, Studentenverbindungen eingebracht wurden. So erhielten die Territorien einen höheren Autonomiegrad und wurden durch gewählte Territorialregierungen geführt. Allerdings blieben Bereiche wie Verteidigung, Außenpolitik und Finanzen in französischer Hand. In der Folge stimmten die Territorien über die Frz. Verfassung ab und üb den Verbleib im französischen Verbund. Nachdem zunächst in Guinea diese Abstimmung negativ ausging und das Land unabhängig wurde, folgten 1959 die Staaten Senegal und Französisch-Sudan (später Mali), im Lauf des Jahres 1960 wurden alle Territorien unabhängig wie z.B. Togo, Kamerun, Madagaskar.

Belgien musste 1960 fluchtartig den Kongo räumen, nachdem aufgrund einer lokalen Wirtschaftskrise abrupt ein Dekolonisationsprozess einsetzte. Doch durch die schnelle Unabhängigkeit brachen die staatlichen Institutionen auseinander und in der Folge musste eine UN Mission einberufen werden, um das Land zu stabilisieren. Darauf folgte die Errichtung einer Militärdiktatur unter Armeechef Mobutu für 32 Jahre. Kongo war somit nicht auf die Unabhängigkeit vorbereitet worden, es gab auch keine Möglichkeit für Bildung, und für die Entwicklung politischer bzw. gewerkschaftlicher Organisationen. Die belgische Regierung hatte sogar angenommen, dass der labile Zustand des Kongo die eigene Einflussnahme unterstützen würde. Aber es formte sich innerer Widerstand gegen die Kolonialmacht und die Zentralverwaltung im Kongo, ferner wurde der Kongo durch seine großen Rohstoffvorkommen ein Schlachtfeld des Kalten Krieges. Auch in Madagaskar und Kamerun kam es zu Gewaltmaßnahmen der Kolonialmacht Frankreich.

In den britischen Kolonien zentral- und Ostafrikas wollten die Kolonialpolitiker die Bevölkerungsgruppen langsam gleichstellen und die Rechte der herrschenden Minderheiten schützen. Doch z.B. in Kenia kam es zu einem Aufstand der verarmten Bevölkerung, den Großbritannien mit massiven Repressionen und Ausrufung des Notstandes bekämpfte, mit Gewalt, Folter, Umsiedlungen und 11000 Toten. Doch Ende der 50er Jahre gab es eine Reihe von Verfassungsreformen, bei denen sich trotz Widerstand der Briten das Mehrheitsprinzip durchsetzte. 1963 wurde Kenya unabhängig (pol. Führer: Kenyatta).

Im Jahr 1963 entstand die zentralafrikanische Föderation aus den Kolonien Nord- und Südrhodesien und Njassaland, um die britische Herrschaft zu erhalten. Doch Arbeiterführer mobilisierten dagegen und zwei Teile wurden als Malawi, Sambia In den folgenden Jahren ihre Unabhängigkeit.

1.1.5 Letzte Dekolonisationen

Portugal und Spanien Verteidigten ihre Kolonien wesentlich länger bis in die 1970er Jahre. Doch dann war auch hier das Ende gekommen, weil u.a. Bereits unabhängige Nachbarstaaten agierten, weil sich die Akteure des Kalten Krieges einmischten und weil die internationale Gemeinschaft versuchte, den Lauf der Dinge durch Verhandlungen, Sanktionen etc. mitzubestimmen. Somit war die portugiesische

Kolonialherrschaft 1974/1975 zu Ende. Dies betraf v.a. Die Rohstoffreichen Länder Angola und Mosambik und Guinea Bissau, wo nacheinander in der 1960er Jahren Guerillakriege ausbrachen. So führte Portugal gleichzeitig drei Dekolonisationskriege, in die sich auch die Großmächte USA, UDSSR, China indirekt einmischten. Portugal reagierte auf diese Kriege mit Reformen, mit Investitionsprogrammen und mit militärischer Repression; dies kostete dem Staatshaushalt sehr viel seines Budgets. Doch 1974 stürzten einige junge Offiziere das portugiesische Regime und führten gleich danach die Kolonien in die Unabhängigkeit. Auch Spanien Zog sich 1975 kurz nach dem Tod von Diktator General Franco aus der Westsahara zurück. Ebenso wurde das rhodische Siedlerland 1980 nach freien Wahlen als Simbabwe unabhängig.

Das Ende der Apartheid in Südafrika Anfang der 1990er Jahre war der Abschluss der Dekolonisation in Afrika. Ab den 1950er Jahren hatte sich der Afrikanische Nationalkongress (ANC) zur Massenbewegung gebildet gegen das System der Rassentrennung. 1962 wurde der ANC Führer Nelson Mandela verhaftet, erst ab 1985 kam es zu Verhandlungen zwischen der Bursche Regierung und dem ANC, die dann in die ersten freien und gleichen Wahlen 1994 führten, die der ANC und Mandela gewannen. Die Apartheid wurde in einem friedlichen Übergangsprozess aufgelöst.

1.1.6 Dekolonisation in den pazifischen Inselwelten

Auch dort waren die 1960er. Und 1970er Jahre zentral für die Dekolonisation in den Inselwelten des pazifischen und indischen Ozeans, wo die ältesten Kolonien waren. Großbritannien versuchte zunächst eine föderale Regierungsform, doch in den 1960er Jahren wurden die Gebiete Jamaika, Trinidad und Tobago, Barbados, Guyana, Mauritius unabhängig. Frankreich hingegen hatte seine Kolonien mit hohen Kosten an den eigenen Staat und an die EU gebunden, wie z.B. Guadeloupe, Martinique, Guyana, La Réunion.

1.2 Wirtschaft

Die Dekolonisation hatte auch umfangreiche ökonomische Auswirkungen. Sie führte zur Weiterentwicklung der Infrastruktur, öffnete neue Handelsräume, schuf neue Arbeitsmöglichkeiten, veränderte Geschlechterrollen, führte ein modernes Geldwesen ein, führte zur Migration. Am Ende der Kolonialzeit stand meist eine ökonomische Revolution. Doch manchmal konnte der ökonomische Stand aus der Kolonialzeit nicht weiter gehalten werden und Infrastruktur, Verkehrssysteme verrotteten. Die Nationalstaaten wollten die ökonomischen Vorteile erhalten, um Wohlstand zu erreichen und um eine stärkere Position zu bekommen.

1.2.1 Privatinteressen

Durch Kolonialismus entstanden stets auch unterschiedlichste wirtschaftliche Interessen bei unterschiedlichen Personengruppen, wie z.B. direkten Zugriff auf Rohstoffe, geschützte Absatzmärkte, auch wurden z.B. Souveränitätslücken ausgenützt wie z.B. durch Minenbesitzer, Plantagenbesitzer die mehr oder weniger uneingeschränkt über Gebiete herrschten. Kolonialismus musste auch kostendeckend organisiert werden, damit die Kolonien nicht zu sehr auf das Staatsbudget drücken. Es gab auch überall diverse Firmeninteressen, zB Import/Export und Handel, Verkehr, Investitionen in koloniale Kapitalanlagen, Direktinvestitionen. Eine besondere Art wirtschaftlicher Interessen brachten die Siedler in den Kolonien. Sie hatten ihren Lebensmittelpunkt und ihr Vermögen in der Kolonie, hatten eine heimatliche Identifikation. Sie

leisteten daher erbitterten Widerstand gegen die Aufgabe einer Kolonie. Sie konnten ihr Eigentum auch nicht außer Landes bringen und waren oft Opfer der Dekolonisation.

Auch die Konzerne unterhielten. In dieser Phase einerseits Beziehungen zu den Kolonialregierungen, andererseits zu den nationalen Regierungen. Allerdings bremsen sie meistens die nationale Machtübernahme, da sie sich mit der bisherigen Kolonialregierungen engagiert hatten.

Wirtschaftsinteressen haben die Dekolonisationsprozesse in der Regel nicht vorangetrieben, aber auch nicht aufgehalten. Die Präsenz von Konzernen und Ausländern überdauerte meistens die Machtübernahme von der kolonialen zur nationalen Regierung.

1.3 Strategien und Übergänge

Ausländisches Kapital und Managementwissen wurden benötigt nach der nationalen Machtübernahme, um den Wirtschaftssektor am Laufen zu halten. Eine Folgelast in der Übernahme durch Nationalregierungen war auch die Übernahme von Schulden, die auch meist übernommen wurden. Ausnahmen sind die Revolutionen in Russland 1917 und in China 1949, wo sich die neuen Machthaber weigerten. Indonesien übernahm die höchste Kreditschuld von 3,5 Mrd. US Dollar, die bis Mitte der 50er Jahre fast gänzlich zurückgezahlt wurden. In Indien war es umgekehrt, hier war Großbritannien durch den 2. WK zu Schuldner Indiens geworden. Die Wirtschaft in Indochina erholte sich sehr schlecht von den Kriegsfolgen, nach der Teilung orientierte sich Südvietnam in Richtung USA. Der Krieg in Algerien führte zu einer Abwanderung von Siedlern, Fachpersonal, Führungskräften und Kapital. Großbritannien ermöglichte den ehemaligen Kolonien eine Währungsintegration durch die sog. Sterlingzone (Sterling Area), die London als Finanzplatz stärkte, die jedoch 1972 aufgrund der starken wirtschaftlichen Orientierung der Staaten Richtung USA aufgelöst wurde. In Frankreich entwickelte sich eine Haltung, die die Erhaltung eines kostspieligen Wirtschaftssystems in den ehemaligen Kolonien auf Kosten des frz. Staatshaushaltes in Frage stellte. Die Wirtschaft Frankreich sollte demgegenüber modernisiert und konkurrenzfähig gemacht werden.

Insgesamt lässt sich sagen, dass die Dekolonisierungsentscheidungen der europäischen Kolonialmächte meist ohne direkte Berücksichtigung von Wirtschaftsinteressen getroffen wurden.

1.4 Entwicklung und Politik

Während sich Westeuropa und die USA nach dem Krieg als neue Wirtschaftsmotoren zeigten, kam es in den Ländern Asiens und Afrikas zu einem moderaten stabilen Wirtschaftswachstum. Lokale Wirtschaftsaktivitäten gingen schnell bei der Dekolonisation auf lokale Dienstleister über. Ebenso waren internationale Konzerne natürlich willkommen.

1.4.1 Weltpolitik

1.4.1.1 Ost/West und Nord/Süd - Konflikt

In den 1960er Jahren gab es zwei Konflikte, die sich ergänzten und überkreuzten. Den Ost-West und Nord-Süd Konflikt. Der Ost-West Konflikt ist auch als Kalter Krieg bekannt, ging es um die gegenseitige Bedrohung der beiden Supermächte USA und UdSSR mit ihren Vasallenstaaten. Dem liberal-kapitalistischen Westen stand der kommunistische Osten gegenüber. Beide Regime waren atomar hochgerüstet, um einen atomaren Erstschatz oder einen Vergeltungsschatz mit totaler Vernichtung führen zu können. Zum Lager der UdSSR zählten alle Staaten des Warschauer Paktes, die Äußere Mongolei, Kuba, Nordkorea. Zum Lager der USA zählten die Staaten der NATO, Japan,

Südkorea, Taiwan, Thailand, Philippinen etc. die USA unterhielten und unterhalten ein weltweites Stützpunktsystem. Daneben gab es noch blockfreie Staaten wie z.B. Jugoslawien oder Rumänien und dann gab es den ganz eigenen Fall China. Der Ost-West Konflikt spielte sich weltweit ab, unter andere, auch stark unter Einbeziehung der ehemaligen Kolonien. Der Kälte Krieg wurde nicht durch Dekolonisation ausgelöst.

Nach dem Krieg übernahmen die USA die Führungsrolle im Pazifikraum und bauten Japan und die Philippinen als starke Stützpunkte aus. China wurde 1949 als Volksrepublik gegründet und schloss einen Freundschaftsvertrag mit der UdSSR ab. Als Nordkorea 1950 sein südliches Bruderland überfiel, entstand dadurch eigentlich ein indirekter Krieg zwischen den USA und China. Damit war der Kälte Krieg auch in Asien präsent. Somit konzentrierten sich die USA auf Eindämmung des Kommunismus und zwar überall auf der Welt. Dies wirkte sich auf die Kriege in Indochina, Vietnam, Laos, Kambodscha aus, wo die USA stets versuchten, die kommunistische Machtübernahme zu verhindern. Überall auf der Welt seien die USA durch Kommunismus gefährdet und müssten sich zur Wehr setzen, diese Gefahren seien in Asien und Afrika besonders groß. Keinesfalls dürfe ein Machtvakuum entstehen, in das dann kommunistische Politik einfließt. Diese Verhärtung der Fronten brachte in der Folge viele Stellvertreterkriege mit sich. Die Befreiungsbewegungen wiederum nahmen gerne die massive Militär- und Wirtschaftshilfe der UdSSR und der DDR an. Südlich der Sahara entstanden marxistische Regimes.

1.4.2 Elemente einer neuen Ordnung

Die Dekolonisation hat keine internationale Ordnung hervorgebracht, die Ost West Konflikt blieb als dominante Struktur der Weltpolitik bestehen. Durch die Interventionen des Westens in den ehemaligen Kolonien konnte die UdSSR nicht wirklich geschwächt werden, die UdSSR erlebte ihre Endphase ab der erfolglosen Invasion in Afghanistan.

Allerdings hat die Dekolonisation die Weltgemeinschaft verändert und viele Werte des kolonialen Zeitalters undenkbar gemacht. Insbesondere die Vereinten Nationen Notendurchschnitt Möglichkeit für die neuen Nationalstaaten, ihre Bedürfnisse zu artikulieren und sich als Nationalstaat zu etablieren. Rassismus wurde international geächtet, Kolonialismus zu einem schwerwiegenden Vorwurf, Menschenrechte wurden zu einem Bewertungsmaßstab für politische Systeme und zum Völkerrechtlichen Thema. Rechtsstaatlichkeit wurde eine der größten zivilisatorischen Errungenschaften.

Der Nord Süd Konflikt war hingegen eine Auflehnung ärmerer Länder vor allem in den tropischen und subtropischen Regionen gegen Abhängigkeit von den Wohlhabenden Staaten. Es ging um Gehör in der Weltöffentlichkeit und internationale Gerechtigkeit. Die Länder der Dritten Welt übten Kritik an den Wohlhabenden Ländern der ersten Welt. Ein Sonderfall dabei ist das Konsortium der erdölfördernden und exportierenden Länder (OPEC) die die wirtschaftliche Abhängigkeit südlicher Länder deutlich korrigierte durch die Festsetzung des Ölpreises.

2 Quelle

Jansen, Jan C., Osterhammel, Jürgen: Dekolonisation: Das Ende der Imperien, C.H.Beck, München, 2013